

## Herzliche Einladung zur Ausstellung

Beate Laudzim ist ein Allroundtalent. Die herzliche Dame betreibt gemeinsam mit Ole Bendixen im Plänterwald das Café Jawoll. Hier gibt es täglich gute Hausmannskost, die mit viel Liebe und Leidenschaft zubereitet wird.

Frau Laudzim hat aber noch eine zweite Leidenschaft: Das Fotografieren. Ihre Ausrüstung hat sie stets bei sich. Schnell ist die Kamera gezückt. Sie hat den Blick für das Besondere und entdeckt Dinge, die dem normalen Betrachter verborgen bleiben. Sie schafft Bilder, die das Leben wieder spiegeln und in ihren Bann ziehen.

**Im Rahmen der 8. Kunstmeile in Baum-  
schulenweg wird das Wahlkreisbüro  
Schmidts Ekke vom 12. September bis  
14. Oktober 2015, neben 38 weiteren  
Ausstellungsorten, zur Galerie. Das The-  
ma der kleinen Ausstellung lautet  
„Gemeinsam“.**

Am 16. September ist Frau Laudzim von 14 bis 16:30 Uhr persönlich in Schmidts Ekke anwesend.

## In dieser Ausgabe

**„Für Brandt hätte ich mich  
vierteilen lassen!“**

In Erinnerung an Egon Bahr Seite 2

**Wissen Sie es?**

Bücher zu gewinnen Seite 2

**Passgenaue Pflege**

Bundesregierung beschließt  
zweite Pflegereform Seite 3

**Griechenland bekommt  
das 3. Hilfspaket**

So sehen die Hilfen und  
Reformen für Griechenland aus Seite 4

## „Wir haben noch einiges vor!“

Zwei Jahre Große Koalition



Foto: Lars Disterhöft

Die Würde steht über allem, getreu des Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Die Würde des Menschen - aller Menschen - ist unantastbar. Diesen Grundsatz müssen wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, angesichts der erheblich steigenden Flüchtlingszahlen.

Die Menschenwürde endet auch dann nicht, wenn sich das Dasein des Menschen dem Ende zuneigt, im Sterbeprozess. Das Thema Sterbehilfe wird der Deutsche Bundestag im Herbst wieder aufgreifen und ich werde Sie einladen, mit mir vernünftige und würdige Wege zu diskutieren.

Zur Würde des Menschen gehören die Ansprüche auf Gleichwertigkeit, Gerechtigkeit und Teilhabe. Diese Begriffe ziehen sich wie ein roter Faden durch die „to-do-Liste“, durch die Vorhaben der SPD-Fraktion in den kommenden Monaten. Von den vielen Zielen, die sich die Sozialdemokratie auf die Fahnen geschrieben hat, möchte ich auf einige kurz eingehen:

Gleiche Bezahlung von Männern und Frauen. Wir fordern die Entgeltgleich-

heit und wollen Unternehmen verpflichten, diese einzuhalten. Wir wollen Menschen mit Behinderungen unterstützen. Anders als bisher und besser als bisher. Weg vom Fürsorgesystem hin zu Eingliederungshilfen mit modernem Teilhaberecht.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind seit jeher Ziel unseres Handelns. Diese Aufgabe dürfen wir nicht aus den Augen verlieren. Unverändert werde ich mich für die Gleichstellung der Ost-West-Rente einsetzen. Es bleibt unverstündlich, warum auch 25 Jahre nach der deutschen Einheit unterschiedliche Berechnungsmodelle herangezogen werden.

Ebenfalls wichtig sind der Ausbau der Stromnetze und die Verbesserung der Infrastruktur. Netzneutralität und mehr öffentliches WLAN. Die SPD hat eine Menge vor. Ich freue mich auf Ihre kritische Begleitung.

Ihr

Matthias Schmidt

## „Für Brandt hätte ich mich vierteilen lassen!“

In Erinnerung an Egon Bahr (\* 18. März 1922; † 20. August 2015)



Egon Bahr auf dem SPD-Bundesparteitag 1978

**Geboren wurde Egon Bahr am 18. März 1922. Im Alter von 93 Jahren ist er am 20. August 2015 verstorben. Er war der Mann an der Seite von Willy Brandt. Er war der Vordenker der Ostpolitik. „Wandel durch Annäherung“ und „Die Politik der kleinen Schritte“ waren seine Ideen, um die Mauer nicht zu überwinden, aber durchlässiger für die Menschen zu machen.**

Seit 1956 war Egon Bahr Mitglied der SPD. Von 1960 bis 1966 war er Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin und als solcher Sprecher des vom Regierenden Bürgermeister Willy Brandt geführten Senats.

Am 15. Juli 1963 hielt Egon Bahr vor der Evangelischen Akademie in Tutzing einen Vortrag, der überschrieben war mit "Wandel durch Annäherung". Auch

Willy Brandt vertrat bei dieser Veranstaltung die Grundlage der neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Als Zielsetzung deutscher Außenpolitik forderte Bahr die Aufgabe der von der westlichen Welt postulierten "Politik der Stärke". Er vertrat die Ansicht, dass die Fortführung dieser Politik keinerlei Realitäts- und Aktualitätsbezug besitze. Veränderungen auf der "anderen" Seite könnten nur langfristig, durch eine große Anzahl kleiner Schritte erreicht werden. Und diese seien notwendig, um die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten zu erreichen. Der Kontakt zu den osteuropäischen Staaten müsse daher in einem Klima der Entspannung aufgenommen werden.

In dieser Rede formulierte Egon Bahr: "Heute ist klar, dass die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist,

der durch einen historischen Beschluss an einem historischen Tag auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozess mit vielen Schritten und vielen Stationen. Wenn es richtig ist, was Kennedy sagte, dass man auch die Interessen der anderen Seite anerkennen und berücksichtigen müsse, so ist es sicher für die Sowjetunion unmöglich, sich die Zone zum Zwecke einer Verstärkung des westlichen Potentials entreißen zu lassen. Die Zone muß mit Zustimmung der Sowjets transformiert werden. Wenn wir soweit wären, hätten wir einen großen Schritt zur Wiedervereinigung getan."

Egon Bahr hatte in der Folgezeit reichlich Gelegenheit die von ihm gewünschte Politik der Annäherung selbst zu beeinflussen: 1967 wurde Bahr Botschafter im Auswärtigen Amt und im

Oktober 1969 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und zugleich Bevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin. In dieser Funktion wirkte er als Unterhändler in Moskau und Ost-Berlin maßgeblich am Moskauer Vertrag, Warschauer Vertrag, Transitabkommen sowie dem Grundlagenvertrag mit.

Nach dem Rücktritt von Willy Brandt schied auch Bahr am 7. Mai 1974 zunächst aus der Bundesregierung aus. Am 7. Juli 1974 wurde er jedoch von Bundeskanzler Helmut Schmidt als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit erneut in die Bundesregierung berufen. Nach der Bundestagswahl 1976 schied er am 14. Dezember 1976 endgültig aus der Bundesregierung aus. Von 1976 bis 1981 war er Bundesgeschäftsführer der SPD.

Erst 1989 wurde deutlich, wie visionär seine Thesen von 1963 waren - der Fall der Mauer war die Krönung des langen Prozesses des Wandels durch Annäherung zwischen Ost und West.

## Wissen Sie es? Bücher zu gewinnen

Der Grundlagenvertrag wurde maßgeblich von Egon Bahr verhandelt. Wann trat dieser in Kraft?

- a) 21. Dezember 1972
- b) 13. Juni 1973
- c) 21. Juni 1973

Ihre Antwort an:

**Matthias Schmidt, MdB**  
**Ekkehardstraße 1**  
**12437 Berlin**

oder

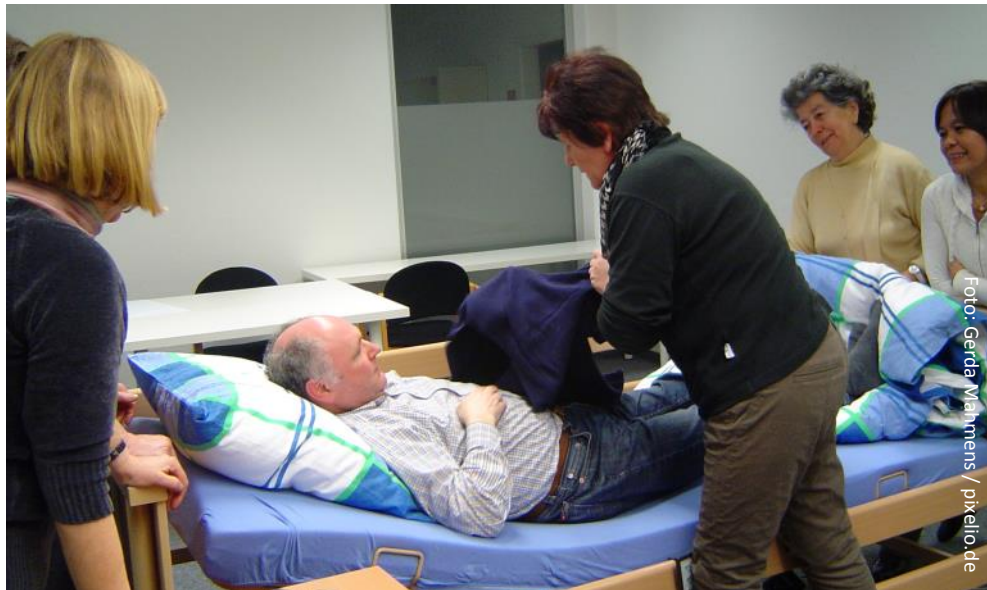
**matthias.schmidt@bundestag.de**

Unter den richtigen Antworten werden zwei Exemplare des Buches „Der Patriot. Der lange Weg des Egon Bahr“ verlost. Einsendeschluss ist der 30. September 2015.



## Passgenaue Pflege

Bundesregierung beschließt zweite Pflegereform



*Pflege will gelernt und geübt sein.*

**Mehr Leistungen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. Am 13. August hat das Bundeskabinett das 2. Pflegestärkungsgesetz beschlossen. Mit diesem wird es zusätzliche Unterstützung für rund 500.000 Menschen geben. Dafür hatte die SPD im Koalitionsvertrag gesorgt.**

**Sichergestellt ist, dass niemand mit der Umstellung schlechter gestellt werden kann – viele aber besser.**

Mit dem Pflegestärkungsgesetz, das nun in der zweiten Stufe umgesetzt wird, werden viele Menschen mehr Leistungen bekommen. Die wichtigste Änderung ist der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff. Das heißt, die bisherigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt. Damit wird der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt.

An Demenz erkrankte Menschen etwa bekommen nun erstmals auch Unterstützung. Mit dem Pflegegrad 1 können sie beispielsweise ihr Wohnumfeld entsprechend anpassen: einen Treppenlift einbauen, mögliche Stolperschwellen absenken oder Betreuungsleistungen in Anspruch nehmen.

Mit der Reform haben alle den gleichen Zugang zu den Leistungen der Pflege-

versicherung. Entscheidend ist lediglich, wie sehr die Selbstständigkeit tatsächlich eingeschränkt ist.

Und Menschen, die im Heim gepflegt werden, droht künftig keine Steigerung des pflegebedingten Eigenanteils.

Für Frauen und Männer, die zu Hause Angehörige pflegen, kommen mit den neuen Pflegegraden höhere Leistungsbeträge. Und für viele wird es nun erstmals auch Rentenbeiträge geben, so dass sie selbst im Alter besser abgesichert sind. Hinzu kommen bessere Reha- und Beratungsleistungen sowie eine Weiterentwicklung des so genannten Pflege-TÜV, um die tatsächliche Qualität von Pflegeeinrichtungen besser bewerten zu können.

Für die verbesserten Leistungen wird der Beitrag zu Pflegeversicherung ab dem 1. Januar 2017 um 0,2 Prozent steigen – zu gleichen Teilen getragen von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Insgesamt 5 Milliarden Euro werden so zusätzlich jedes Jahr zur Verfügung stehen.

Matthias Schmidt wird sich im Bundestag für die Umsetzung dieser wichtigen Maßnahmen stark machen.



**Matthias Schmidt, MdB**

**Wahlkreisbüro**

**Schmidts Ekke**

Ekkehardstraße 1  
12437 Berlin-Baumschulenweg  
Telefon: 030 53 60 99 50  
Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag:	11 bis 17 Uhr
Dienstag:	9 bis 15 Uhr
Mittwoch:	9 bis 17 Uhr
Donnerstag:	9 bis 15 Uhr
Freitag:	9 bis 15 Uhr
Samstag:	10 bis 13 Uhr

**Sprechstunde mit Matthias Schmidt am 1. Samstag im Monat von 10 bis 12 Uhr**

**Wahlkreisbüro**

**Rathaus Friedrichshagen**

im Grünen Haus  
Bölschestraße 87/88  
12587 Berlin-Friedrichshagen  
Telefon: 030 22 01 38 11  
Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag:	14 bis 18 Uhr
Mittwoch:	10 bis 14 Uhr
Donnerstag:	14 bis 18 Uhr
Freitag:	10 bis 14 Uhr

**Bundestagsbüro**

Unter den Linden 50  
10117 Berlin  
Telefon: 030 22 77 48 33  
Fax: 030 22 77 68 35

Postanschrift:

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

[matthias.schmidt@bundestag.de](mailto:matthias.schmidt@bundestag.de)  
[www.matthias-schmidt.berlin](http://www.matthias-schmidt.berlin)

# Griechenland bekommt das 3. Hilfspaket

So sehen die Hilfen und Reformen für Griechenland aus



Griechenland, Ziel zahlreicher Urlauber. Der „Grexit“ ist verhindert.

**Nach konstruktiven Verhandlungen in Athen wurde ein so genanntes Memorandum of Understanding (MoU) zwischen den europäischen Institutionen und der griechischen Regierung erarbeitet. Nachdem das griechische Parlament für die Vereinbarung gestimmt hat, hat auch Matthias Schmidt am 19. August dem Hilfspaket zugestimmt.**

Der Umfang der gewährten Hilfen liegt bei rund 86 Milliarden Euro. Davon werden ca. 54 Milliarden für den Schuldendienst, 7 Milliarden für den Abbau von Zahlungsrückständen, 7,6 Milliarden zum Aufbau von Reserven und bis zu 25 Milliarden Euro für die Rekapitalisierung von Banken benötigt. Die Finanzhilfe wird in Form eines Darlehens gewährt. Die maximale durchschnittliche Laufzeit der Darlehenstranchen wird rund 32,5 Jahre betragen.

## Die Details des Reformprogramms

Die SPD-Bundestagsfraktion steht mit überwältigender Mehrheit für das verhandelte dritte Hilfsprogramm. Das hat vor allem damit zu tun, dass viele Mängel der vorherigen Programme nicht wiederholt werden. Im Zentrum des Memorandum of Understanding stehen

nicht nur pure Haushaltsvorgaben und Sparziele, sondern strukturelle Verbesserungen der griechischen Wirtschaft und Verwaltung.

- Das MoU stellt klar, dass Griechenland seine Staatsfinanzen weiter sanieren muss, setzt aber keine unrealistischen Haushaltsziele.
- Es führt ein neues Konzept im Umgang mit Staatsbetrieben ein, bei der Sanierung und professionelle Unternehmensführung im Vordergrund stehen. Es geht nicht bloß darum, durch schnelle Privatisierungen Einnahmen zu erzielen und Haushaltslöcher zu stopfen.
- Es zielt auf den Aufbau eines effektiveren und effizienteren Sozialstaates. Zum ersten Mal in der griechischen Geschichte soll eine soziale Grundversicherung für alle eingeführt werden. Gerade die Sozialdemokratie hat sich hierfür eingesetzt.
- Es sieht eine umfassende Reform der griechischen Verwaltung vor, bei der Professionalisierung, Entpolitisierung und Transparenz im Vordergrund stehen, damit künftig Korruption

effektiver bekämpft werden kann.

- Nicht zuletzt wird ein zentrales Ziel der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren, der Kampf gegen Steuerhinterziehung in Griechenland und die Suche nach griechischen Steuerhinterziehern in Europa, neues Gewicht bekommen. Griechenland will kurzfristig neue strafrechtliche Bestimmungen gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug einführen.
- Bei der Rekapitalisierung der Banken kommt es zu einer Beteiligung der Anteilseigner der griechischen Banken. Es war stets eine Forderung der SPD-Fraktion, dass auch die Anteilseigner von Banken an den Kosten für deren Rettung beteiligt werden.

Mit dem Beschluss des dritten Hilfspakets ist die Arbeit an dem Programm nicht abgeschlossen. Durch regelmäßige Programmüberprüfungen müssen die Euro-Partner sicherstellen, dass die Vereinbarungen auch eingehalten werden. Mit den mehr als 50 bereits vom griechischen Parlament beschlossenen Vorabmaßnahmen hat die griechische Regierung ein wichtiges Zeichen gesetzt, um verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen.

## Griechenlands Schuldentragfähigkeit

Die Herausforderung für die Euro-Gruppe besteht in den nächsten Monaten darin, einen glaubhaften Weg zur Sicherstellung der Schuldentragfähigkeit Griechenlands zu finden. Nach einer erfolgreichen Programmüberprüfung im Herbst wird es zu Gesprächen mit Griechenland über mögliche Schuldenerleichterungen kommen. Denn ohne solche Schuldenerleichterungen ist nach allen derzeitigen Prognosen eine langfristige Tragfähigkeit der griechischen Schulden nicht zu erreichen.

Sie wollen die **Zeitungs Ekke** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an [matthias.schmidt@bundestag.de](mailto:matthias.schmidt@bundestag.de) und Sie erhalten sie stets zuerst.

**SPD**